

Presseerklärung zur Besetzung des „Instituts für Soziale Praxis“ am Mittwoch den 06. April 2011

Heute haben im Anschluss an eine ordentliche Vollversammlung haben 100 Studierende das „Institut für Soziale Praxis“ an der Evangelischen Hochschule Hamburg am Rauhen Haus besetzt. Sie machten damit auf den Umstand aufmerksam, dass dort seit ca. einem halben Jahr eine Studie über sogenannte „linksextreme Jugendliche“ erstellt wird.

Ziel dieser Studie ist es „herauszufinden, inwieweit linksextremistische Jugendliche und solche die gefährdet sind, von den Angeboten der offenen Jugendarbeit in den Stadtteilen Hamburgs oder von Streetworker/innen in ihren Szenen erreicht werden können. Ziel ist es zudem, neben einer Literaturrecherche, die Einschätzungen der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz um spezifische (sozial)pädagogische und sozialräumliche Perspektiven sowie die Perspektiven der Zielgruppe selbst und deren Umfeld zu ergänzen.“

Der wissenschaftliche Unterbau für diese Forschung wird von konservativen Wissenschaftler_innen durch die sogenannte „Hufeisen Theorie“ geliefert. Diese stellt politische Meinungen im Bild eines Hufeisens dar. An den Enden dieses Hufeisens befinden sich Links- und Rechtsextremismus, dazwischen die politische vermeintlich objektiv natürliche Mitte. Vertreter_innen dieser Theorie gehen davon aus, dass sich „Links- und Rechtsextremisten“ an den äußeren Enden des Hufeisens fast begegnen. Es findet somit eine Gleichsetzung statt, Ziele und Ideale linker Ideen werden vollkommen außer Acht gelassen und mit faschistischen Ideologien in einen Topf geworfen.

Ein Sprecher des Bündnis gegen Extremismusstudien erklärt den Hintergrund der Besetzung: „Wir wollen mit dieser Aktion heute auch klar machen, dass die Totalität der Verhältnisse in der verkürzten Idee von politischen „Extremen“ keine Beachtung findet. Radikale linke Kritik wird verteufelt, während sich zeitgleich die Gewalt der alltäglichen Verwertungslogik als „normal“, ja sogar natürlich legitimiert. Der Versuch, Gesellschaft als geometrische Form zu begreifen, muss letztlich scheitern.“

Eine andere Studentin ergänzt: „Die Entlohnung der Studie in Höhe von 43 Tausend Euro durch die Bundesregierung ist ein weiterer Umstand, der die Abhängigkeit der Hochschule und ihre funktionale Bedeutung als verlängerter Arm staatlicher Interessen verdeutlicht. Unhinterfragt werden hier die Vorgaben des Staatsschutzes und der Geheimdienste übernommen. Das hat mit kritischer Wissenschaft nichts mehr zu tun.“

Ein weiterer Student konstatiert: „ Gerade der Hintergrund, der Auseinandersetzung um die Extremismusklausel, von der etliche soziale Projekt betroffen sind, wenn sie den willkürlichen Anforderungen der Familienministerin Kristina Schröder nicht entsprechen, zeigt deutlich, dass der Begriff des „Extremismus“ vor allem ein Kampfbegriff ist mit dessen Hilfe politisch unliebsame Bewegungen delegitiemiert werden sollen. Wissenschaft darf sich nicht für entsprechende Bezahlung an die von Wirtschaft und Politik verkaufen. Wir als kritische Studierende fordern den sofortigen Abbruch der Extremismusstudie!“

Bündnis gegen Extremismusstudien am Rauhen Haus